

# Einleitung und Zusammenfassung

Während sich das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts dem Ende entgegenneigt, befinden sich die meisten Länder Europas und der Welt noch inmitten der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Ihr Ausgang ist immer noch ungewiss.

Bis zu seinem Zusammenbruch im Jahr 2008 basierte das vorherrschende Konzept des *Laissez-faire*-Finanzkapitalismus unter anderem auf der Illusion, dass Gewinne, insbesondere im Finanzsektor, zweistellig steigen können, selbst wenn das gesamtwirtschaftliche Wachstum nur im unteren einstelligen Bereich liegt. In den meisten Ländern äußerte sich dies durch eine stetige Verlagerung des Volkseinkommens von der Arbeit zum Kapital. Gleichzeitig förderten staatliche Politiken und strukturelle Trends eine Verlagerung bei den Lohnempfängern hin zu höheren Einkommen und übten Abwärtsdruck auf die Beschäftigungsbedingungen derjenigen aus, die sich am unteren Ende des Arbeitsmarkts befinden.

Eine der Auswirkungen dieser Trends war eine Strukturschwäche des Nachfragewachstums. Es zeichneten sich zwei gegensätzliche, aber komplementäre Wachstumsmodelle ab, die beide auf der Notwendigkeit basierten, diese strukturelle nachfrageseitige Schwäche zu beheben: entweder durch einen Anstieg der Verschuldung der privaten Haushalte (z.B. in den USA, dem Vereinigten Königreich und Spanien), in der Regel auf Basis spekulativer Blasen der Wertpapierpreise, oder durch exportgesteuertes Wachstum (Deutschland, Japan, China), das durch Lohnzurückhaltung im Verhältnis zum Produktivitätsanstieg begünstigt wurde. Die Folge war weltweit ein zunehmendes wirtschaftliches Ungleichgewicht. Die Krise hat klar gezeigt, dass jedes der beiden Wachstumsmodelle für sich betrachtet und ihre perverse Symbiose wirtschaftlich nicht nachhaltig sind.

Inzwischen zeichnete sich bereits eine längerfristige Krise ab: die fehlende ökologische Nachhaltigkeit des vorherrschenden Wirtschaftsmodells. Diese spielte mit der Wirtschaftskrise zusammen und zeigte sich in der Hochphase der Blase am deutlichsten in Form steigender Rohstoffpreise. Aber die Probleme – die Unmöglichkeit eines ständig steigenden Pro-Kopf-Güterkonsums in Verbindung mit der wachsenden Bevölkerung auf einem Planeten, dessen materielle Ressourcen und Fähigkeit, zunehmende Emissionen zu verkraften, endlich sind – sind von grundlegender Natur und blieben weitgehend unbehandelt, wie das Scheitern des Kopenhagener Gipfels Ende 2009 zeigt.

Die verheerende Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Grenzen des Finanzkapitalismus vor Augen geführt und bietet eine Chance, fortschrittliche Reformen vorzuschlagen und umzusetzen, die Europa braucht, um zu einem sozial und ökologisch nachhaltigen Wachstumsmodell zu kommen. In dem Maße, wie sich reale oder gefühlte Zeichen eines Aufschwungs andeuten, versuchen konservative Kräfte jedoch, ihre intellektuelle Hegemonie wiederherzustellen, das Ausmaß der progressiven politischen Reformen zu begrenzen und so weiterzumachen, als sei nichts gewesen. Angesichts der angespannten Haushaltslage vieler Regierungen und der hohen Arbeitslosigkeit versuchen einige tatsächlich, die Uhr zurückzudrehen, den Diskurs der frühen 1990er Jahre wiederzubeleben und erneut aggressive Angriffe auf den öffentlichen Sektor, den Sozialstaat und die Arbeitnehmerrechte zu unternehmen.

Vor diesem Hintergrund hat das Europäische Gewerkschaftsinstitut kritische und progressive Akademiker und Wissenschaftler aus Europa und den Vereinigten Staaten vereint, um eine Debatte zur Gestaltung eines reformierten Kapitalismus ‚nach der Krise‘ anzuregen. Dieses Buch ist das Ergebnis. Während zunehmend Veröffentlichungen erscheinen, die vorrangig die Ursachen der Krise untersuchen, ist das zentrale Anliegen dieses Bands, die allgemeine Diskussion davon wegzulenken, ‚wie dies nur passieren konnte‘, hin zur Frage, wie ein neues Wachstumsmodell nach der Krise aussehen könnte. Alle Mitwirkenden wurden gebeten, eine kurze Analyse und politikorientierte Vorschläge in einem Bereich zu erarbeiten, der für die Welt nach der Krise relevant ist. In den meisten Fällen finden Leser, die das jeweilige Thema vertiefen möchten, Empfehlungen für die weiterführende Lektüre. Die geäußerten Meinungen sind die der jeweiligen Autorinnen und Autoren; die Herausgeber haben keinerlei Versuch unternommen, die Beiträge in Richtung einer bestimmten politischen Agenda zu lenken. Folglich gibt es einige Überschneidungen und – wie wir hoffen produktive – Widersprüche zwischen einzelnen Texten. Es zeichnen sich in den Texten jedoch eine Reihe gemeinsamer Themenstellungen ab und diese Einführung soll sie hervorheben. Eine Sache ist allen Beiträgen gemein, und das ist die Erkenntnis, dass die Krise mehr war als nur ein Scheitern der Finanzmärkte: Eine Neuregulierung der Finanzmärkte ist notwendig, aber nicht ausreichend, um künftig Schäden zu vermeiden und die Gesamtwirtschaft zu stabilisieren. Gefragt sind vielmehr weit reichende Veränderungen in verschiedenen Politiken, um die zugrunde liegenden Ursachen im wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bereich zu behandeln. Kurz gesagt, brauchen wir einen Wandel des bestehenden Wachstumsmodells.

Die 39 Beiträge in diesem Band wurden in vier Themenbereiche untergliedert. Der erste befasst sich mit der Neuregulierung der Finanzmärkte, der zweite mit Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiken für mehr Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit für alle; der dritte behandelt makroökonomische Reformen und Koordinierung und der vierte institutionelle Komplementaritäten und Fragestellungen, die sich durch den Imperativ des ökologisch nachhaltigen Wachstums ergeben.

## Neuregulierung des Finanzsektors

Zahlen des IWF zufolge werden sich die Gesamtkosten für die Finanzkrise auf die astronomische Summe von 12 Billionen US-Dollar oder 20 Prozent der Weltjahresproduktion belaufen. Dies umfasst Kapitalspritzen für die Banken, die Kosten für die Abschreibung so genannter ‚giftiger Wertpapiere‘ (Papiere, die wertlos oder zumindest nicht bewertbar sind) in Bilanzen, Schuldenbürgschaften und umfangreiche Liquiditätsstützen von den Zentralbanken. Infolge kurzfristiger Interventionen der Regierungen und Zentralbanken hatten die G20-Länder 2009 zusammen genommen ein Haushaltsdefizit von 10 Prozent ihres BIP, das höchste seit dem Zweiten Weltkrieg. Ausgangspunkt der Krise waren zweifelsohne die Versäumnisse im Finanzsektor. Aus diesem Grund nimmt Abschnitt 1 – *Neuregulierung des Finanzsektors* – eine Bestandsaufnahme vor und bewertet, was in der Finanzwelt schief gelaufen ist. Auf dieser Basis wird ein großes Spektrum ordnungspolitischer Maßnahmen erörtert, die als grundlegend erachtet werden, um die Schäden zu beseitigen und vor allem künftig schwere Krisen zu verhindern.

Alle Beiträge in diesem Abschnitt sprechen sich für ein kleineres Finanzsystem aus, das den Interessen der Realwirtschaft dient. Seit das Einfrieren der Kredite nach der Pleite der Lehman Brothers am 15. September 2008 das Finanzsystem fast an den Rande des Zusammenbruchs brachte, haben die G20 versucht, sich in Richtung eines gemeinsamen Ansatzes zur Regulierung der Finanzmärkte zu bewegen. In seinem Artikel *Principles for financial sector reform* (Grundsätze für die Reform des Finanzsektors) stellt Sony Kapoor fest, dass mangelnder Wettbewerb im Bankensektor und ein Regulierungssystem, das große Institute gegenüber kleineren begünstigt, zwei Faktoren sind, die ein spekulatives und destabilisierendes Verhalten fördern. Sowohl er als auch Paul De Grauwe – in seinem Beitrag *The future of banking* (Die Zukunft des Bankwesens) – sprechen sich für größere Einfachheit im Finanzsektor durch die funktionelle Trennung des Bankensektors aus, wobei Letzterer ausdrücklich auf die Kernprinzipien des US-amerikanischen Glass-Steagall-Gesetzes verweist. „Narrow banking“, d.h. ein auf seine Kernfunktionen reduzierter Bankensektor sollte nicht als Wachstumshindernis betrachtet werden, sondern vielmehr als Hindernis für die Entstehung von Wirtschaftsblasen, d.h. vorübergehender und künstlich hoher Wachstumsraten, die auf der Substitution von Krediten durch handelbare Wertpapiere basieren.

Dean Baker appelliert an die Regulierungsbehörden und Zentralbanken, ihre Befugnisse zu nutzen, um Wertpapierblasen zu verhindern, bevor sie die Grundlagen des Wirtschaftswachstums verzerren. Es war ein schwer wiegender politischer Fehler, das Aufblähen einer Immobilienblase ohne Gegenmaßnahmen zuzulassen, und die zuständigen Politiker hätten dafür richtigerweise mit ihrem Amt bezahlen müssen. Er empfiehlt die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen, um die Größenordnung vorrangig spekulativer Transaktionen zu begrenzen. Stefan Schulmeister beleuchtet die Finanztransaktionssteuer im Detail, liefert Modellrechnungen für verschiedene allgemeine Finanztransaktionssteuersätze und weist auf ihre eindämmende Wirkung auf Wertpapierkursschwankungen und auf ihr Einnahmepotenzial hin, das zur Haushaltskonsolidierung nach der Krise verwendet werden könnte. In *Making finance serve society* (Finanzen im Dienste der Gesellschaft) beschreibt Helene Schubert die grundlegende Rolle des Finanzsystems bei der Vermittlung, Zuteilung und dem Transfer von Kapitalinvestitionen zur produktiven Nutzung. Die Ausrichtung am Unternehmenswert, dem so genannten ‚*Shareholder Value*‘, und Finanzinnovationen haben die Risikowandlung in Richtung einer Übernahme des Kreditrisikos durch die Gesellschaft verlagert. Die Erbringung von Finanzdiensten ist ein öffentliches Gut; daher sollte das künftige Bankensystem im Kern auf öffentlichen, gemeinnützigen und/oder Genossenschaftsbanken basieren und es sollte ihm nicht gestattet sein, sich an Investmentgeschäften im Eigenhandel oder anderen Transaktionen des Schattenbankensystems zu beteiligen.

In vielen Ländern, einschließlich der USA, haben die Regierungen zahlungsunfähige Banken entweder ganz oder teilweise der öffentlichen Insolvenzverwaltung unterstellt. Mit anderen Worten wurden diese Banken verstaatlicht. Yiannis Kitromilides stellt die Frage, ob diese Maßnahmen, die die meisten Regierungen noch vor wenigen Jahren als völlig undenkbar zurückgewiesen hätten, zwangsläufig vorübergehender Natur sein müssen – bis die Bilanzen bereinigt sind und die Rentabilität wiederhergestellt wurde – oder ob zumindest einige Banken permanent Teil des öffentlichen Sektors in einer Mischwirtschaft werden sollten. In seinem Beitrag *Reforming finance* führt Robert Kuttner zehn Bereiche der Finanzreform auf, die unerlässlich sind, um zwei Grundfunktionen des Bankensektors wiederherzustellen, nämlich die Kreditvergabe an Haushalte und die Geschäftswelt und die Vernetzung von Investoren und Unternehmern, wohingegen reinem Eigenhandel und der Spekulation in größtmöglichem Umfang entgegengewirkt werden sollte. Entgegen der konventionellen Weisheit

der Baseler Institutionen, die Kapitalstandards zu heben, und der stumpfen Besessenheit der Zentralbanken, mit kurzfristigen Zinssätzen zu arbeiten, plädiert Thomas Palley in *A better way to regulate financial markets* für einen besseren Weg zur Regulierung der Finanzmärkte – durch Einführung zwingender und variabler aktivpostenbasierter Rücklageanforderungen für alle Finanzunternehmen. Neben ihrer stabilisierenden Wirkung auf das Finanzsystem würden diese auch die Wirksamkeit der Währungspolitik stärken (insbesondere innerhalb der Eurozone, da die nationalen Anforderungen variieren könnten) und automatisch auch die makroökonomische Ebene stabilisieren.

## **Aufbau einer Realwirtschaft für Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit für alle**

Alle Beiträge im zweiten Abschnitt – *Aufbau einer Realwirtschaft für Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit für alle* – beschäftigen sich mit verschiedenen Aspekten der Ursachen für die Finanz- und Wirtschaftskrise, vor allem der wachsenden Ungleichheit in den meisten unserer Gesellschaften in den letzten 30 Jahren und der Zunahme ‚schlechter‘ Arbeitsplätze mit geringer Produktivität. Dem neoliberalen Konsens folgend, traten sowohl die Ausrichtung auf den Finanzsektor als auch die Orientierung am Unternehmenswert zunehmend in den Vordergrund, was die Wirtschafts- und Arbeitsbeziehungen, die nach dem Krieg entstanden waren, aber auch die ordnungspolitischen Systeme einem grundlegenden Wandel unterzog. In der englischsprachigen Welt begann dies Anfang der 1980er Jahre mit den Reformen von Reagan/Thatcher, die langsam auch in das ‚alte‘ und ‚neue‘ Kontinentaleuropa hinüberschwappten und begründeten, was von einigen als ‚Brüsseler Konsens‘ bezeichnet wird. Im Gegensatz zu dem vor der Krise vorherrschenden Modell spiegeln die meisten Beiträge in diesem Abschnitt Ansätze wider, die auf gemeinsamem Wohlstand, sozialer Gerechtigkeit und einer Einkommensumverteilung in der Tradition von Kalecki und Keynes basieren, die Wachstumsmuster sowohl aus wirtschaftlicher als auch sozialer Sicht stabiler und nachhaltiger macht.

Die Stärkung der Arbeitsbeziehungen und Innovationen am Arbeitsplatz werden als Vorbedingungen für einen nachhaltigen Aufschwung und zukünftiges Wachstum im Beitrag von Eileen Applebaum genannt, die sich mit der Befähigung der Arbeitnehmer(innen) und ihrer Gewerkschaften befasst, Löhne auszuhandeln, die dem Produktivitätszuwachs entsprechen. Dies erfordert die Verbreitung leistungsstarker Arbeitsprozesse, die den Arbeitnehmer einbinden, die Anhebung der Mindeststandards und maßgebliche Änderungen des Arbeitsrechts. Ronald Schettkat beleuchtet in *Employment after the crisis* (Beschäftigung nach der Krise) Fragen der makroökonomischen Rollenzuweisung von Wirtschaftsakteuren in der neoliberalen Marktordnung, insbesondere der deflationären Ausrichtung der Wirtschafts- und Währungsunion auf der Basis der Theorie einer natürlichen Arbeitslosenquote. Er fordert einen ‚*New Deal for Europe*‘, um sicherzustellen, dass das Wirtschaftswachstum über einen längeren Zeitraum oberhalb seines Trends liegt, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Sandrine Cazes und Sher Verick weisen auf die Rolle von Arbeitsmarktpolitiken bei der Eindämmung der Beschäftigungskrise hin und sprechen sich für einen beschäftigungsorientierten Aufschwung aus; sie fordern die Regierungen auf, stärkere Arbeitmarktinstitutionen und Sozialversicherungssysteme mit breiter Basis aufzubauen, die während einer Krise eine automatische Stabilisierungsfunktion übernehmen. Bernhard Gazier weist das inkonsequente Ziel der überarbeiteten europäischen Beschäftigungsstrategie, ‚Arbeit lohnend zu machen‘, zurück und argumentiert für eine neue Norm der nachhaltigen Vollbeschäftigung unter Berücksichtigung und Stärkung der Arbeitsmarktübergänge, während er sich gleichzeitig für ein Ende der geschlechtsspezifischen Unterteilung inländischer Arbeitnehmer ausspricht. Allan Larsson schlägt in seinem Beitrag *Stress-testing Europe's social systems* (Belastungsprüfung der europäischen Sozialsysteme) einen ‚5P-Test‘ vor, der die Produktivität (*productivity*), die Verringerung der Armut (*poverty reduction*), Pensionen und Renten (*pensions*), politische und soziale Einbindung (*political and social involvement*) und öffentliche Finanzen (*public finances*) auf ihre Krisenbeständigkeit hin prüft. Er ruft die neue EU-Kommission auf, eine neue europäische Agenda zu formulieren, um die Sozialsysteme zu verteidigen und zu entwickeln.

Friederike Maier analysiert in ihrem Beitrag *Re-cession or He-cession* (Rezession oder Er-zession) die geschlechtsspezifische Dimension der Krise und räumt mit dem Argument auf, dass die Rezession vorrangig Männer betroffen habe. Da die politischen Lösungsansätze zur Krise nicht geschlechtsneutral sind, weist sie auf die Notwendigkeit hin, bei der Erarbeitung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitiken die Chancengleichheit von Männern und Frauen zu berücksichtigen, um die Rezession überwinden zu können. Ihrer Meinung nach würde ein Versäumnis in dieser Richtung unausweichlich zu einer erneuten Vertiefung der Unterschiede zwischen Männern und Frauen führen. Jill Rubery befürwortet die Verabschiedung von fünf Grundsätzen, um eine gerechtere Situation für Frauen und Männer angesichts des Risikos rezessionsbedingter Einschnitte herzustellen. Diese Grundsätze umfassen Politiken zur Unterstützung von Eltern, Politiken zur geschlechtsspezifischen Behandlung der Auswirkungen von Mindestlöhnen und -renten, das Recht der Frauen auf wirtschaftliche Unabhängigkeit, die Umstrukturierung des öffentlichen Sektors und die Notwendigkeit, die Macht männlicher Eliten im privaten Sektor zu hinterfragen.

Ewart Keep und Ken Mayhew untersuchen in *Training and skills during and after the crisis* (Ausbildung und Qualifikation während und nach der Krise), was zu tun und zu lassen ist, wenn die öffentlichen Mittel für die schulische und berufliche Ausbildung knapp werden. Auch wenn Politiker häufig die Bedeutung der schulischen und beruflichen Ausbildung betonen, sei dies nicht die Wunderlösung zur Bewältigung der Krise. In vielen Ländern würden Maßnahmen, die das Angebot hochwertiger Ausbildungsstellen fördern, anstatt beispielsweise die Schulpflicht zu verlängern, eine angemessene Nutzung öffentlicher Mittel darstellen. Mario Pianta plädiert in seinem Artikel *Industrial and innovation policies in Europe* für eine Verdoppelung der nationalen und europäischen Ressourcen für Industrie- und Innovationspolitiken in Europa. Er argumentiert, dass ein neuer Ansatz für die Industrie- und Innovationspolitiken erforderlich sei, um das Wirtschaftsmodell zu überwinden, das auf Zinserträgen aus Anlagevermögen basiert. Er empfiehlt, den Fokus auf Informations- und Kommunikationstechnologien, eine ökologische Umstrukturierung und Gesundheitsdienste zu legen. Gleichzeitig betont er jedoch auch, dass neue Finanzformen ausgeschöpft werden müssen, einschließlich der Ausgabe von Eurobonds. – Schon der Titel von Wiemer Salverdas Beitrag *Inequality and the great (wage) moderation* (Ungleichheit und die große (Lohn-)Zurückhaltung) ist viel sagend und erzählt von der Aushöhlung des fast dreißig Jahre währenden Glaubens daran, was Ben Bernanke die ‚große Zurückhaltung‘ nannte, nämlich die Idee, dass eine Deregulierung der Märkte steigende Beschäftigung durch eine niedrigere Inflation und weniger Schwankungen im ökonomischen Zyklus mit sich bringen würde. Seine Forderung an die Gewerkschaften, Geringverdiener und niedrige Einkommensgruppen besser zu schützen, insbesondere durch die Internationalisierung des Mindestlohns, greift Thorsten Schultens Plädoyer für eine europäische Mindestlohnpolitik im Artikel *A European minimum wage policy* auf, demzufolge Verdichtung der Lohnstruktur vom unteren Ende der Skala aus eine egalitärere Einkommensverteilung zum Ergebnis hätte, die den Lohnanteil am Volkseinkommen stabilisieren oder sogar erhöhen würde. Dies kann mithilfe eines Ansatzes erreicht werden, der sich an die Methode der offenen Koordinierung anlehnt: Auf EU-Ebene sollte ein Zielmindestlohn festgelegt werden, nach dem der Mindestlohn in jedem Land – der entweder gesetzlich oder tarifvertraglich geregelt wird – bei mindestens 60% des relevanten Durchschnittslohns (im Land oder der Branche) liegen muss.

## **Stabilisierung der Makroökonomie durch politische Reformen und Koordinierung**

Ausgangspunkt für alle Beiträge im dritten Abschnitt – *Stabilisierung der Makroökonomie durch politische Reformen und Koordinierung* – ist, dass sich in der Realwirtschaft eine dezentralisierte Marktwirtschaft nicht von alleine stabilisiert. Dies hängt nur zum Teil mit den besonderen Eigenschaften des Finanzsektors zusammen, die im ersten Abschnitt analysiert wurden, da die Ursachen für die Instabilität tatsächlich viel tiefer sitzen. Fehlen ausdrückliche Interventionen der Regierungen, führen Marktwirtschaften zu nicht wünschenswerten, sogar katastrophalen Ergebnissen: Booms und Pleiten, zunehmende Ungleichheiten und wirtschaftliche Ungleichgewichte. Auch wenn dies ‚nach der Krise‘ offensichtlich erscheinen mag, widerspricht es Grundsätzen der gängigen Wirtschaftswissenschaft, die vereinfachte analytische Annahmen – wie den vollkommenen Wettbewerb, vollkommene Informationen, so genannte ‚rationale Erwartungen‘, die Neutralität des Geldes, die Trennung der monetären von der realen Sphäre – zu zunehmend weniger hinterfragten (oder einfach vergessenen) Arbeitshypothesen macht, auf denen theoretische Arbeiten und in der Folge Politikempfehlungen basieren. Es war eines der herausragenden Kennzeichen des Neoliberalismus nach 1980, dass ‚der Markt es am besten wusste‘, das Scheitern der Regierungen allgegenwärtig war und wenn Regierungen tatsächlich versuchten, etwas zu verbessern – anstatt nur den Interessen von Politikern und anderen ‚Insidern‘ zu dienen – sie in der Regel alles nur noch schlimmer machten. Dies war ein Rückschritt gegenüber der pragmatischeren Wirtschaftstheorie und -politik der ‚Keynesschen‘ Epoche, in der beobachtete Zusammenhänge auf aggregierter Wirtschaftsebene anstelle theoretischer Annahmen über angeblich ‚rationales‘ Verhalten von Akteuren auf der Mikroebene (der so genannten ‚Mikrofundierung‘) als Ausgangspunkt für Theorie und Politik dienten.

In verschiedenen Bereichen werden in den Beiträgen Probleme beobachtet, die durch eine fehlende oder schlecht konzipierte staatliche Intervention entstehen, und die Einführung korrigierender und/oder effektiverer Politiken gefordert. Vier der Beiträge in diesem Abschnitt konzentrieren sich auf die Leistungsbilanzungleichgewichte, die sich zwischen den Ländern sowohl weltweit als auch innerhalb Europas aufgebaut haben und die allgemein als wesentlich für die Krise angesehen werden. In einer Welt, die dem Lehrbuch folgt, könnte es nicht zu solchen Ungleichgewichten kommen, da sie schnell durch entsprechende Anpassungen der Wechselkurse oder in einer Währungsunion durch Wettbewerbsdruck auf die Gütermärkte behoben würden. Die Autoren zeigen jedoch, dass diese Ausgleichsmechanismen in der realen Welt nicht greifen und schlagen dementsprechend einen Maßnahmenkatalog vor, der diese Ungleichgewichte beheben und sie davon abhalten soll, zukünftig gefährliche Proportionen anzunehmen. Auch wenn Heiner Flassbeck und Pierre Defraigne in ihrer Analyse der Krise zu unterschiedlichen Ergebnissen gelangen, bewerten beide diesen Punkt von einer globalen Warte aus. Sie fordern unter anderem tief greifende Veränderungen der weltweiten

Steuerungssysteme der Wirtschaft (eine stärkere Rolle für einen grundlegend reformierten IWF) und entschlossene, koordinierte Maßnahmen auf den Finanzmärkten, nicht zuletzt den Devisenmärkten, da manche makroökonomischen Kurse, insbesondere die Wechselkurse, zu bedeutend sind, als dass man sie den Unwägbarkeiten der Finanzmärkte überlassen sollte. Die Beiträge von Sebastian Dullien und Daniela Schwarzer und von Willi Koll und Volker Hallwirth beschäftigen sich mit den innereuropäischen Ungleichgewichten und schlagen Maßnahmen vor, um den institutionellen Rahmen zur Überwachung von Politiken auf europäischer Ebene zu stärken. Während Dullien und Schwarzer einen ‚externen Stabilitätspakt‘ als Erweiterung des steuerlichen Überwachungsprozesses zur Beobachtung ungleichgewichtiger Leistungsbilanzen und zur Sanktionierung unverhältnismäßiger Defizite und vor allem Überschüsse fordern, empfehlen Koll und Hallwirth in *Strengthening the Macroeconomic Dialogue* eine Stärkung des makroökonomischen Dialogs auf europäischer Ebene und dessen Ergänzung durch gleichzeitige Dialoge auf nationaler Ebene, um Tarifabschlüsse zu fördern, die den Anforderungen eines nicht-inflationären, ausgewogenen Wachstums innerhalb der Währungsunion entsprechen.

Seit den 1980er Jahren wurden die beiden wichtigsten politischen Hebel zur Stabilisierung der Wirtschaft – die Geld- und Fiskalpolitik – systematisch in Misskredit gebracht, erst durch die akademische Wirtschaftswissenschaft und anschließend durch die Wirtschaftspolitik. Basierend auf einem Konsens, der die Maastrichter Architektur zur Steuerung der europäischen Wirtschaft stärkte, sollte die Geldpolitik nur die Inflation stabilisieren, da man dies für den besten (und eigentlich einzigen) Weg hielt, die Realwirtschaft zu stabilisieren. Die Fiskalpolitik blieb – da man diese den Regierungen und Parlamenten nicht gänzlich wegnehmen konnte – aus Sicht des Konsenses inhärent gefährlich, und den Politikern mussten die Hände gebunden werden, um Missbrauch, insbesondere übermäßige Defizite, zu vermeiden. Die Krise hat diese Überzeugungen erschüttert. Auch wenn sie in Europa weit vom Optimum entfernt waren, haben schnelle und aggressive geld- und fiskalpolitische Lösungsansätze wirksam dazu beigetragen, eine Wiederholung der Weltwirtschaftskrise zu verhindern. Sowohl geld- als auch fiskalpolitische Maßnahmen haben weit reichende und lang anhaltende Auswirkungen auf die Realwirtschaft, im Gegensatz zu der früher vorherrschenden Lehre der rationalen Erwartungen und den Verfechtern der Ricardianischen Äquivalenz. Wie steht es nun nach der Krise mit diesen Politiken?

Gustav Horn stellt in *What role for monetary policy?* die Frage, welche Rolle die Geldpolitik spielen kann, und antwortet, dass die Befugnisse der Zentralbank erweitert werden müssen, um die Stabilisierung der Realwirtschaft und die Sicherung der Stabilität des Finanzsektors auf makroökonomischer Ebene zu berücksichtigen; zu diesem Zweck sollten die Zentralbanken neue Instrumente erhalten, wie antizyklisch variable Eigenkapitalanforderungen für die Finanzinstitute. Eine bessere fiskal-monetäre Koordinierung sei ebenfalls äußerst wichtig. Andrew Watt argumentiert, dass die europäische offene Koordinierungsmethode angewandt werden sollte, um die benötigte Stärkung der automatischen fiskalischen Stabilisatoren herbeizuführen: Die Mitgliedsstaaten sollten angehalten werden, den Zielvorgaben für stärkere automatische Stabilisatoren zu entsprechen, da diese wegen der grenzüberschreitenden Übertragungseffekte im Interesse aller Länder seien. Richard Murphy und Markus Meinzer stellen in *The tax gap at the core of the current financial crisis and how to close it* fest, dass das Steuerdefizit ursächlich für die derzeitige Finanzkrise sei, und fragen, wie dies gelöst werden kann. Sie schildern die erforderlichen Schritte, um die aktuellen enormen Steuerverluste durch Steuerhinterziehung und die durch Steuerwettbewerb ausgelöste Steuervermeidung zu verhindern: vor allem die Berichtspflicht für multinationale Konzerne in jedem Land, in dem sie tätig sind, und der automatische Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden. Franz Nauschnigg schlägt eine variable Steuer zur Stabilisierung bei Kreditzunahme vor, die als effektiver, eingebauter Stabilisator fungieren und Blasen verhindern und so Ländern in der EWU helfen würde, sich dem gemeinsamen Zinssatz anzupassen. Außerdem sollten Eurobonds herausgegeben werden, um auf europäischer Ebene Mittel zu generieren, die Ländern helfen könnten, die bei der Umsetzung nachfrageseitiger Politiken vor Sachzwängen stehen. Zusammen könnte dies zu einer besseren europäischen Finanzstruktur zur Abwendung von Krisen führen, wie in *Better European financial architecture to prevent crises* beschrieben.

Angesichts des Ausmaßes der Krise in den hoch entwickelten kapitalistischen Ländern besteht das Risiko, die massiven Probleme zu vergessen, vor denen die Entwicklungsländer stehen. Nuria Molina stellt kritische Schwächen in der Architektur und Praxis der Entwicklungsfinanzierung fest und schlägt eine Reihe von Reformen vor, die erforderlich sind, damit die Entwicklungsfinanzierung funktioniert (*Make finance work for development*). Dazu gehören eine Reihe verbindlicher Grundsätze für alle Entwicklungsdarlehen, die auch Raum für alternative politische Ansätze lassen. Gerald Epstein erörtert im Detail die Nutzung von Kapitalkontrollen als wichtiges Instrument, nicht nur für Entwicklungsländer, um die Wirtschaften im Sinne eines ausgewogenen, nachhaltigen Wachstums zu stabilisieren und zu steuern. Gut konzipierte und dynamische Kapitalkontrollen können, so erklärt er, Schulden, Währungsungleichheiten und spekulative Exzesse verringern.

## **Aufbau institutioneller Komplementaritäten und Übergang zur ökologischen Nachhaltigkeit**

Der vierte Abschnitt – *Aufbau institutioneller Komplementaritäten und Übergang zur ökologischen Nachhaltigkeit* – umfasst zwei Kernaspekte des allgemeinen Konzepts der nachhaltigen Wirtschaftsaktivität. Der erste ist die Notwendigkeit, einen übergeordneten und kohärenten Rahmen von Institutionen zu schaffen (institutionelle Komplementaritäten), die die engere, marktgetriebene Produktionswelt in ein breiteres soziales Gefüge einbetten, um die soziale und auch materielle Reproduktion des Systems sicherzustellen. Ansonsten können unregulierte oder schlecht regulierte Marktmechanismen die soziale Grundlage zerstören, von denen sie abhängen, um funktionieren zu können. Der zweite Aspekt der Subsidiarität geht von der Erkenntnis aus, dass Produktion und Konsum die Grenzen des ‚kategorischen Imperativs‘ respektieren müssen, der verlangt, dass unsere Lebensweise nicht die Fähigkeit zukünftiger Generationen gefährdet, in Würde leben zu können. Im vorherrschenden Wirtschaftsparadigma sind diese beiden Elemente schwer zu realisieren, da sie die individuelle Rationalität und von wirtschaftlichen Anreizen gesteuerte Entscheidungen zum Ausgangspunkt haben, wobei Preise aktuelle ‚relative Knappheiten‘ widerspiegeln und die Produktion als Kombination aus Arbeit und einem grundsätzlich unbegrenzten Spektrum materieller Eingangsgrößen gesehen wird. Die Technologie ist dabei immer gut und führt zu einem quantitativ zunehmenden Strom von Produkten, die Menschen auf dem Markt kaufen möchten.

Die ersten fünf Beiträge befassen sich mit verschiedenen Aspekten kohärenter institutioneller Rahmen oder ‚institutioneller Komplementaritäten‘. Bruno Amable geht in *A change of model requires a new balance of power* von der Erkenntnis aus, dass ein Modellwechsel ein neues Machtgleichgewicht erfordert. Er skizziert die Konturen eines neuen Sozialmodells, das auf den Interessen der Mehrheit der Lohnempfänger basiert, die Märkte neu reguliert, den sozialen Schutz stärkt und die öffentlichen Dienste verteidigt. Zu diesem Zweck ist ein neuer Klassenkompromiss erforderlich, um die vorherrschende Allianz zwischen der Finanzwelt und den hoch qualifizierten Arbeitnehmern aufzubrechen. Dorothee Bohle und Bela Greskovits untersuchen die Lehren, die man aus der Krise für die mittel- und osteuropäischen Länder ziehen muss, und Henning Jørgensen macht das Gleiche für die nordischen Staaten, in beiden Fällen mit dem Augenmerk auf institutionellen Komplementaritäten. In letzterem Fall werden die liberalen Rezepte, die derzeit für die neuen Mitgliedsstaaten beworben werden, zugunsten längerfristigerer Entwicklungsstrategien verworfen, die Partnerschaft, eine Abstimmung von Politiken und sozialen Dialog bedeuten. Dies erfordert eine starke Beteiligung des Staats und angemessene Steuereinnahmen, die nicht zufälligerweise als Basis der historisch guten Ergebnisse in den nordischen Staaten genannt werden. Die Kombination aus vollbeschäftigungsorientierten makroökonomischen Politiken, flexiblen Märkten, starken Wohlfahrtsstaaten und einer Schlüsselrolle für die Sozialpartnerschaft hat sich in der Vergangenheit als effektiv erwiesen und muss kontinuierlich an die sich wandelnden Bedingungen angepasst werden. Ähnlich beharrt Frank Hoffer auf globaler Ebene auf der Notwendigkeit breit angesiedelter, komplementärer Politiken, die über die Reparatur des Finanzsektors hinausgehen, und bezieht sich dabei auf den globalen Beschäftigungspakt der ILO. Er betont, dass vor allem die Gewerkschaften mehr unternehmen müssen, als sich lediglich an Strategien zu beteiligen, die ‚die Bürde auf viele Schultern verteilen‘. Sigurt Vitols hingegen schildert in *The sustainable company* eine Vision des nachhaltigen Unternehmens und schlägt verschiedene betriebliche Maßnahmen vor, um Unternehmen vom kurzfristigen Aktienmarktergebnis weg und hin zu ökologischer, sozialer und finanzieller Nachhaltigkeit zu lenken. Dies erfordert den Aufbau eines geeigneten Berichtswesens, die Ausrichtung der Managementanreize an diesen Zielen und die enge Einbindung der Arbeitnehmervertreter.

Die letzten vier Beiträge in diesem Band befassen sich speziell mit dem Thema der ökologischen Nachhaltigkeit. Die Herausforderung ist mittlerweile allgemein anerkannt (auch wenn es immer noch Stimmen gibt, die den Klimawandel leugnen), aber welche Instrumente werden gebraucht, um ihm zu begegnen, wie kann vermieden werden, dass andere berechnete soziale Ziele (Gleichheit, menschenwürdige Arbeit, Steigerung der Lebensstandards) dabei unangemessen geopfert werden?

Iain Begg untersucht, inwieweit es möglich ist, den EU-Haushalt zu reformieren, um die nachhaltige Entwicklung zu fördern. Selbst unter Berücksichtigung der derzeit begrenzten Höhe könnten beträchtliche Ressourcen in ein breites Programm zur Eindämmung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und zur Anpassung mit einem europäischen Mehrwert gelenkt werden. Begg stellt fest, dass mithilfe einer CO<sub>2</sub>-Steuer zusätzliche Einnahmen generiert werden könnten. Dieser Vorschlag wird von Jacques Le Cacheux weiterentwickelt, der zeigt, dass die hohen Klimaziele der EU ohne strenge Maßnahmen nicht zu erreichen sind, einschließlich konzentrierter Bemühungen, Emissionen zu besteuern und durch eine grenzübergreifende Abgabe die so genannte ‚Carbon Leakage‘ (Produktionsverlagerung ins Ausland aufgrund steigender Kosten durch den Emissionshandel innerhalb der EU) zu vermeiden. Jean Gadrey überlegt in seinem Artikel *A job-rich post-growth economy* (Eine arbeitsplatzreiche Postwachstumswirtschaft), wie unsere Wirtschaften Fragen der ökologischen Nachhaltigkeit behandeln, gleichzeitig aber eine hohe Beschäftigtenquote aufrecht erhalten können: Benötigt wird eine

radikale Verlagerung von Produktionsstrukturen zugunsten der Pflegedienste sowie der Erzeugung und dem Erhalt von (wenigeren) hochwertigen Gütern. Ein solcher Ansatz muss mit Maßnahmen einhergehen, um die Ungleichheit und die Veränderungen in unserem Wachstumskonzept zugunsten eines qualitativeren Ansatzes zu verringern. Die Veröffentlichung endet mit einem Beitrag von Pierre Jonckheer, der einen Grünen New Deal vorschlägt und argumentiert, dass ein breites Spektrum von Politiken benötigt wird, die über eine Strategie hinausgehen, welche nur darin besteht, in Niedrigemissionstechnologien zu investieren. Außerdem werden ordnungspolitische Instrumente sowie ein umfassendes Programm benötigt, um die Änderungen zu steuern, die in unseren Arbeitsmärkten und Beschäftigungssystemen erforderlich sind. Abschließend muss auch die Finanzierung der Veränderungen gelöst werden, vor allem indem öffentliche Mittel für umweltfreundliche Investitionen verwendet werden.

## **Abschlussbemerkungen und Danksagung**

Dieser Band hat zwei Anliegen: Erstens soll er auf die Notwendigkeit einer breiten Reformagenda hinweisen, die auf einer Analyse der grundlegenden Ursachen der Krise basiert, anstatt nur an den problematischen Stellen des Finanzsektors herumzubasteln; zweitens soll er zeigen, dass es realistische, progressive Alternativen zu einer Rückkehr zum neoliberalen ‚*Business as usual*‘ gibt und ein neues und anderes Wachstumsmodell möglich ist – eines, das wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltig ist.

Wir hoffen, dass die Beiträge in diesem Band die Debatte zwischen Politikern, Akademikern und innerhalb der organisierten Zivilgesellschaft über die Art von Wirtschaft und Gesellschaft, in der wir ‚nach der Krise‘ leben wollen, anregt – und dass diese Debatte zu entsprechenden Maßnahmen führen wird! Im europäischen Kontext kann er als Beitrag zur laufenden Debatte über die so genannte EU 2020-Strategie gesehen werden, die der Lissabonstrategie nachfolgt. Allen Beiträgen in diesem Band gemein ist die Erkenntnis, dass wir weit über Lissabon hinausgehen müssen, sowohl thematisch als auch hinsichtlich der Steuerungsprozesse, wenn Europa die Forderungen seiner Bürger nach steigendem Wohlstand – im weitesten Sinne des Worts – für alle erfüllen möchte.

Die Herausgabe eines solchen Buchs ist ein Gemeinschaftsprojekt, an dem viele Menschen beteiligt sind. Wir möchten an erster Stelle den Autorinnen und Autoren danken, die unserem Aufruf gefolgt sind und so anregende, aber kurze und prägnante Beiträge geliefert haben. Unser Dank gilt außerdem allen Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Gewerkschaftsinstitut, die auf verschiedene Weise zur Erarbeitung dieses Bandes und zur Organisation der Konferenz mit dem Titel *After the crisis* im Januar 2010 beigetragen haben. Besonders erwähnen möchten wir Géraldine Hofmann, Kathleen Llanwarne, Philippe Pochet und Veerle Raes.

Andreas Botsch und Andrew Watt  
Brüssel, Februar 2010

Übersetzung aus dem Englischen

Titel des Originals: *After the crisis: towards a sustainable growth model*, hrsg. von Andrew Watt und Andreas Botsch. [Mehr Info](#)  
ISBN 978-2-87452-170-6

Ausgewählte Beiträge des Bandes, erweitert um Artikel zur italienischen Situation, erschienen bei [Edizioni dell'Asino](#) (Rom 2010), in Zusammenarbeit mit dem ETUI und [Sbilanciamoci](#).

© Europäisches Gewerkschaftsinstitut – ETUI, Brüssel 2010

Alle Rechte vorbehalten

Das ETUI erhält finanzielle Förderung von der Europäischen Union. Die Europäische Union ist nicht verantwortlich für jegliche weitere Nutzung der Informationen dieser Publikation.